

Jugendpolitische Forderungen zur Landtagswahl 2017

In fünf Jahren zu einem
kind- und jugendgerechten
Niedersachsen*



Das Land Niedersachsen muss auch zukünftig ein attraktiver Lebensort für junge Menschen sein. Gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, Globalisierung und Digitalisierung stellen massive Anforderungen an junge Menschen und sind mit Unsicherheiten für die eigene Lebensplanung verbunden. Daher müssen die Rahmenbedingungen für ein kind- und jugendgerechtes Aufwachsen und die Aussicht auf eine lebenswerte Gesellschaft von morgen sichergestellt werden.

Politik für ein jugendgerechtes Aufwachsen bedeutet u. a., Freiräume für die individuelle Entfaltung als junger Mensch zu schaffen. Dies bedeutet mit Blick auf die Gestaltung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für junge Menschen weiter, sich nicht nur auf die Vorbereitung für das spätere Berufsleben zu beschränken und sich damit kommerziellen Verwertungsinteressen zu unterwerfen. Vielmehr heißt es, jungen Menschen den notwendigen Raum zu geben, in dem sie sich selbst ausprobieren und ihre eigenen Stärken und Schwächen erproben können. Jugendarbeit bietet genau diese Freiräume und unterstützt junge Menschen dabei, sich diese auch aktiv anzueignen und sie zu gestalten.

Gleichzeitig gilt es auch, die Gesundheit der jungen Menschen gut im Blick zu behalten. Die Anforderungen für sie sind heute enorm. Gerade Sport und Bewegung sind prädestiniert, auch die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr positiv nachhaltig zu beeinflussen.

Bewegung, Spiel und Sport bieten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Menschen eine unerschöpfliche Vielfalt an sinnstiftenden, ganzheitlichen Erfahrungsmöglichkeiten und gemeinschaftsfördernden Begegnungen. Sie ermöglichen die Erprobung unterschiedlicher Lebensstile und fördern die persönliche Entwicklung. Freizeitangebote in den Sportvereinen, Kinder- und Jugendfreizeiten, internationale Jugendbegegnungen oder auch die Angebote des Sports in der Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten und (Ganztags)Schulen sind ideale „Lernorte“ und „Experimentierräume“ für Kinder und Jugendliche.

Dadurch erfahren die Mädchen und Jungen ganz praktisch, was demokratische Mitbestimmung bedeutet, sie lernen, Verantwortung zu übernehmen

und entwickeln damit wesentliche soziale Kompetenzen.

Junge Menschen sind die Zukunft. Sie sind das Wertvollste, das eine Gesellschaft hat. Um den komplexen Anforderungen eines immer schnelleren sozialen Wandels gerecht zu werden, brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen! Daher fordert die Sportjugend Niedersachsen von den Parteien klare Bekenntnisse für ein stärkeres Engagement für junge Menschen.

Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement

Die wesentliche Grundlage aller Jugendarbeit im Sport ist das ehrenamtliche Engagement. Viele tausend Jugendleiterinnen, Jugendleiter und Jugendvorstände ebenso wie Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer gestalten die Arbeit für und mit jungen Menschen. Damit dieses Engagement möglich wird, bedarf es grundlegender Rahmenbedingungen. So ist eine professionelle Unterstützung für Ehrenamtliche bei einer zunehmenden Komplexität der jugendlichen Lebenswelt immer wichtiger. Doch leider gibt es in Niedersachsen in der Jugendarbeit im Bundesvergleich weniger hauptamtliches Fachpersonal als in anderen Bundesländern. Auch die Verdichtung der Schul- und Studienzeiten führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler sowie Studierende immer weniger Zeit für ehrenamtliches Engagement finden und dadurch die Verweildauer im Ehrenamt im Sport ebenso wie bei anderen Trägern der Jugendarbeit immer kürzer wird. Dies steht konträr zu den wachsenden Anforderungen an die Jugendarbeit.

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung der ehrenamtlich und freiwillig Engagierten fordert die Sportjugend Niedersachsen:

- Das Land Niedersachsen muss mit einer Förderinitiative die regionale Ebene der Jugendverbände, Jugendgruppen und Jugendarbeit im Sportverein und -verband stärken. Dazu soll in jedem Jugendamtsbezirk eine „Regionalstelle für ehrenamtliches Engagement“ geschaffen werden, die ehrenamtlich und freiwillig Engagierte unbürokratisch vernetzt, qualifiziert und unterstützt.
- Der Bildungsauftrag von (Hoch)Schulen und Universitäten darf sich nicht alleine auf den Lernstoff der Fächer beschränken; Schülerinnen und Schüler sowie Studierende sollen ermutigt und motiviert werden, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dafür ist es notwendig, dass jungen Menschen die nötigen Zeitfenster für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement planbar im Rahmen von schulischen und universitären Pflichten freigehalten werden. Konkret müssen an Ganztagschulen mindestens zwei Nachmittage unterrichtsfrei sein. Weiter ist es notwendig, dass ehrenamtlich erworbene Qualifikationen auf das Studium angerechnet werden können.
- Das Land Niedersachsen muss mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Beschäftigten durch Freistellungen und Lohnfortzahlungen ehrenamtliches Engagement bei der Betreuung von überfachlichen Maßnahmen des Kinder- und Jugendsports, Ferienfreizeiten und Seminaren ermöglichen. Solche Regelungen müssen auch bei Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, umgesetzt werden.
- Weiter muss die Arbeitsbefreiung für Zwecke der Jugendpflege und des Jugendsports so angepasst werden, dass die Arbeitsbefreiung nicht nur auf höchstens drei Veranstaltungen im Jahr beschränkt ist, sondern die festgeschriebenen zwölf Tage unter den bestehenden Antragsfristen ohne Einschränkung einer Anzahl der Veranstaltungen genommen werden können. Eine Harmonisierung der verschiedenen Regelungen der Bundesländer, mindestens auf dem niedersächsischen Niveau, ist anzustreben.
- Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement muss durch verwaltungsarme Vorgänge unterstützt werden, so dass die engagierten Menschen ihre Zeit in die inhaltliche Arbeit für und mit Kindern und Jugendlichen einbringen können und nicht in die Abarbeitung bürokratischer Vorgaben.

Junge Menschen sind die prägenden Akteurinnen und Akteure der Gesellschaft von morgen. Schon heute müssen sie ihre eigene Zukunft aktiv mitgestalten können. Sie selbst können ihre eigenen Belange am besten vertreten. Daher sind junge Menschen an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen zu beteiligen. Jugendverbände, als Zusammenschlüsse junger Menschen, leisten seit Langem einen wichtigen Beitrag, indem sie als legitimierte Interessenvertretung jugendpolitisch agieren. Auch sie müssen infolgedessen adäquat an Entscheidungen, die Einfluss auf junge Menschen entwickeln, beteiligt werden.

Konkret bedeutet das:

- Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen an kommunal- und landespolitischen Entscheidungen müssen – unter Einbeziehung digitaler Medien – weiterentwickelt werden. Dabei ist die Funktion der Jugendverbände als Interessenvertretung junger Menschen zwingend zu achten.
- Träger, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Landespolitik vertreten, müssen vermehrt angehört und deren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden.
- Durch einen gemeinsam mit den Jugendverbänden entwickelten Jugendcheck müssen bei allen Vorhaben des Landes die Auswirkungen auf junge Menschen überprüft werden. Sofern eine besondere Relevanz der Vorhaben für Jugendliche gegeben ist, muss eine verbindliche Beteiligung junger Menschen unter Einbeziehung der Jugendverbände gesetzlich geregelt werden.
- Im Sinne von Open Data und Open Government gilt es, offene und transparente Prozesse und Schnittstellen in den politischen Entscheidungen zu etablieren. Jugendarbeit, in ihrer Funktion als Sozialisationsinstanz und Sprachrohr jugendpolitischer Interessen, kann und muss hier eine zentrale Rolle spielen.

Eine ganzheitliche Bildung ist die Grundlage für eine erfolgreiche Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und damit ein wesentlicher Faktor bei der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut. Für die Zukunftschancen junger Menschen ist eine zukunftsfähige und umfassende Bildung daher wichtiger denn je. Dabei ist Bildung sowohl Kompetenz- als auch Wissenserwerb und findet in unterschiedlichen Zusammenhängen statt: u. a. in der Familie, im Kindergarten, unter Gleichaltrigen, in der Schule, im Sportverein oder Sportverband, bei weiteren Angeboten bzw. in Strukturen der Jugendarbeit, in den Medien und in der weiterführenden Ausbildung. Daher muss Bildung als ganzheitlicher Prozess begriffen werden, an dem eine Vielzahl an Akteuren beteiligt ist. Gelingende Bildung braucht daher eine gleichberechtigte und konstruktive Zusammenarbeit aller Bildungsträger. Sportvereine und Jugendverbände als Orte des nonformalen Kompetenz- und Wissenserwerbs sowie informeller Bildungsprozesse in geschützten Räumen leisten dazu seit Jahren ihren Beitrag. Es ist notwendig, diesen Beitrag anzuerkennen.

Konkret fordern wir:

- Bildung muss mehr sein als Schule. Außerschulische Bildung muss als gleichberechtigter Partner in einer Bildungslandschaft gesehen und daher aufgewertet und gefördert werden. Kooperationen müssen einfach realisiert werden können, verwaltungsarm sein.
- Sport- und Bewegungsangebote sind die am stärksten nachgefragten außerunterrichtlichen Angebote an Ganztagschulen. Zur Koordination und kontinuierlichen Verbesserung von Sport- und Bewegungsangeboten an Ganztagschulen sind Servicestellen erforderlich. Hierfür muss das Land zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um eine angemessene personelle und sächliche Ausstattung sicher zu stellen.
- Die dritte Sportstunde ist in allen Schulen und Klassenstufen verbindlich einzuführen.
- Immer mehr Menschen, darunter auch viele Kinder und Jugendliche ertrinken. Es ist sicher zu stellen, dass Schulen den vorgegebenen Schwimmunterricht anbieten, und es sind zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um außerschulische Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche allen zu ermöglichen.
- Die Bildungschancen junger Menschen müssen unabhängig von ihrer (fam.) finanziellen Situation sein. Schulische und außerunterrichtliche Bildungsangebote müssen grundsätzlich kostenfrei sein. Allen jungen Menschen, die in Niedersachsen leben, müssen die erforderlichen Mittel für eine gute Bildung zur Verfügung gestellt werden; dieses beinhaltet auch die Lehrmittelfreiheit an Schulen – und dazu gehört bei Bedarf auch persönliche Sportbekleidung.
- Lehrpläne an Schulen und Hochschulen müssen entfrachtet und zeitgemäß weiterentwickelt werden.
- In einer Zeit, in der Kriege und militärische Konflikte weltweit zunehmen, müssen Schulen einen besonderen Fokus auf Friedenserziehung legen, beispielsweise indem sie die Schülerinnen und Schüler befähigen, Konflikursachen zu verstehen und zu hinterfragen.
- Ein auswahlfähiges, qualitativ hochwertiges Angebot an Ausbildungsplätzen muss gewährleistet werden. Schon während der beruflichen Erstausbildung muss den jungen Erwachsenen ein eigenständiges Leben möglich sein, was eine angemessene Vergütung voraussetzt. Ehrenamtliches Engagement muss auch in der Ausbildung gewürdigt und anerkannt werden.
- Medienkompetenz ist eine zentrale Schlüsselkompetenz und muss als solche in der schulischen und außerschulischen Bildung fester Bestandteil sein. Wichtig ist, dass junge Menschen schon früh lernen, sich Informationen zu erschließen, und eigenständig zu bewerten. Die Bildungsträger müssen für dieses Aufgabenfeld qualifiziert werden und insbesondere müssen freie Träger die notwendigen Ressourcen erhalten. D. h. Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden.
- Das Land Niedersachsen muss dazu beitragen, einen flächendeckenden Zugang zu schnellem

Internet zu gewährleisten. Dazu gehört auch ein freier Zugang in öffentlichen Einrichtungen wie auch in Einrichtungen der Jugendarbeit.

- Die Sportjugend Niedersachsen begrüßt die Wiedereinrichtung der Landeszentrale für politische Bildung. Hauptaufgabe der Landeszentrale muss es sein, die Träger der politischen und gesellschaftlichen Bildung zu vernetzen sowie die Weiterentwicklung und Durchführung von Bildungsangeboten zu fördern und dadurch die zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken.
- Auch jungen Menschen, die derzeit keine oder nur eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in Deutschland haben, müssen eine schulische Bildung und die Teilhabe an außerschulischen Bildungsangeboten ermöglicht werden.

Vielfalt bereichert und prägt das Zusammenleben in der Gesellschaft. Vielfalt muss als Chance gesehen werden. Alle jungen Menschen, unabhängig von individuellem oder familiärem Bildungsgrad und Einkommen, Geschlecht, Familienform, Religion, kultureller und familiärer Herkunft, sexueller Orientierung, Aufenthaltsstatus, körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigung haben das gleiche Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Kein junger Mensch darf diskriminiert oder angefeindet werden. Diversitätsbewusstsein und Diskriminierungskritik müssen als Querschnittsaufgabe verstanden, gefördert und etabliert werden.

Konkret fordern wir:

- Die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen gilt es weiterzuentwickeln, noch qualifizierter zu gestalten, zu optimieren und nachhaltig zu verankern, dies gilt auch für Angebote der Jugendarbeit und des Sports. Um diese inklusiver zu gestalten, bedarf es entsprechender Ressourcen.
- In einer vielfältigen Gesellschaft ist kein Platz für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus. Daher müssen mit aller Kraft Vorurteile abgebaut werden, und es muss vielfaltsfeindlichen Gedanken entgegengetreten und aktiv entgegengewirkt werden. Diese Haltung fordern wir von allen politischen Akteurinnen und Akteuren.
- Die gesellschaftliche Teilhabe junger Geflüchteter darf nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen der Geflüchteten scheitern. Spezielle Fördermittel müssen allen jungen Menschen die Teilhabe an den Angeboten der Jugendarbeit innerhalb und außerhalb des organisierten Sports ermöglichen.
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleich welcher Herkunft sind in erster Linie eins: junge Menschen. Leistungen der Jugendhilfe müssen allen jungen Menschen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Deshalb darf es für junge Geflüchtete keine Jugendhilfe „zweiter Klasse“ geben – dafür soll sich das Land Niedersachsen in seinem eigenen Regelungsbereich und auch auf Bundesebene einsetzen.
- Noch immer ist für junge Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm der Mehrheitsgesellschaft entsprechen, die Entfaltung der sexuellen Orientierung schwierig. Daher bedarf es neben allgemeinen Informations-, Sensibilisierungs- und Anti-Diskriminierungsangeboten auch der Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen.
- Migrantenjugendselbstorganisationen (MJSOen) sind eigenständige Zusammenschlüsse junger Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gestalten sie eigenständige Angebote der Jugendarbeit. Der Aufbau von MJSOen muss durch das Land mit speziellen Förderinstrumenten unterstützt werden. Vernetztes Arbeiten ist hierbei von besonderer Bedeutung.
- Es ist wichtig, bei der Diskussion um den demografischen Wandel dem Blickwinkel junger Menschen eine besondere Bedeutung beizumessen, denn die Antwort auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft muss mehr sein, als seniorengerechte Lebensräume und barrierefreie Infrastruktur. Die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs müssen für junge Menschen kostengünstig und entsprechend ihrer Bedürfnisse, ihrer Ansprüche an Freizeitgestaltung, ihrer Zeithrhythmen und ökologischer Standards weiterentwickelt werden. Dazu gehören Bahnverbindungen, Schnellbuslinien, Bedarfsverkehre und Carsharing-Angebote.

Schutz vor sexualisierter Gewalt:

Ausreichende Beratungsinfrastruktur und verlässliche Erreichbarkeit schaffen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, bestmöglich vor sexualisierter Gewalt geschützt zu werden. Die Sportjugend Niedersachsen ist sich ihrer Verantwortung in der Umsetzung dieses Rechtes sehr bewusst. Sie hat die Verbesserung von Sensibilisierungs- und Schutzmaßnahmen im organisierten Sport seit 2010 durch die Entwicklung und Arbeit des auf 10 Jahre angelegten Projektes „Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Sport: Prävention, Intervention, Handlungskompetenz (2011 – 2020)“ klar in den Focus gesetzt.

Um die dafür notwendige fachliche Expertise sicher zu stellen wurde

- ein Projektbeirat eingerichtet, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern des Betroffenenrates des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), des Nds. Landespräventionsrates, der Landesstelle Jugendschutz Nds., des Verbundes der Nds. Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt, des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Nds. e. V., der Universität Hildesheim sowie einer Rechtsanwältin zusammensetzt, die in fachlichen Fragen der Projektarbeit beraten.
- eine Vereinbarung der fachlichen Begleitung zwischen der Sportjugend Niedersachsen und dem Deutschen Kinderschutzbund, Landesverband Niedersachsen abgeschlossen.
- ein durchgehendes Coachen der Projektarbeit durch eine Expertin im Thema sichergestellt.

Auch in der Praxis der Umsetzung von Sensibilisierungs- und Schutzmaßnahmen in der Sportorganisation hat sich herausgestellt, dass das Zusammenwirken von Sportverantwortlichen mit Fachkräften aus Fachberatungsstellen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt vor Ort maßgeblich für den Erfolg ist. Das Beratungsangebot ist für Ehrenamtliche „niedrigschwellig“; kompetente Unterstützung kann schnell erfolgen. Daher wurde durch die Projektmitarbeiterinnen das sogenannte Tandemkonzept entwickelt. Diese Tandems setzen sich jeweils aus Vertretungen

der Sportbünde/Sportjugenden und Vertretungen der Fachberatungsstellen zum Schutz von von sexueller Gewalt Betroffenen aus den jeweiligen Landkreisen zusammen. Ziel ist es hierbei, in Niedersachsen eine flächendeckende Unterstützung der Sportvereine zur Installation von präventiven Maßnahmen zu ermöglichen, die den Schutz von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

Leider hat sich gezeigt, dass die Beratungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Engagierte in Niedersachsen nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, insbesondere mit Blick auf die verlässliche Erreichbarkeit und Unterstützung präventiver Maßnahmen. In einigen Regionen Niedersachsens sind diese Stellen personell unterversorgt, bzw. nicht besetzt. Fachkräfte sind sowohl in den Jugendämtern als auch in den Fachberatungsstellen mit „insoweit erfahrenen Fachkräften“ teils nur schwer bis gar nicht in den Abendstunden/am Wochenende erreichbar. Dieser Zustand ist nicht haltbar!

Für eine wirksame und nachhaltige Unterstützung des Engagements zum Schutz vor sexualisierter Gewalt fordert die Sportjugend Niedersachsen:

- Wir fordern daher die Verbesserung der Personalsituation in den Fachberatungsstellen und die Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum. Neben der Fallberatung muss auch die Beratung ehrenamtlicher Strukturen in der Entwicklung von präventiven Schutzmaßnahmen durch Fachberatungsstellen unkompliziert möglich sein.
- Damit einhergehend muss für Ehrenamtliche und Betroffene der Zugang zu einer Fachberatungsstelle ihres Vertrauens in der Nähe ihres Wohn-/Arbeitsortes möglich sein, unabhängig davon, ob sie im selben Landkreis oder derselben Stadt ansässig sind (Sorge um Anonymität in örtlicher Beratungsstelle...). Alle Fachberatungsstellen müssen offen zugänglich sein, unabhängig von ihrer Finanzierungsform und geographischen Lage.
- Weiterhin fordern wir die öffentlichen Träger und die Politik auf, hier ihre Verantwortung wahrzu-

nehmen und die personellen Ressourcen für eine verlässliche Erreichbarkeit zu gewährleisten! Insofern fordern wir, dass in jedem Jugendamtsbereich gewährleistet und transparent gemacht wird, dass innerhalb von 24 Stunden der Kontakt zu einer „insofern erfahrenen Fachkraft“ herstellbar ist.

- Das Angebot an Beratung und Unterstützung von Jungen, männlichen Jugendlichen und Männern muss erweitert werden – hier besteht in Niedersachsen eine deutliche Unterversorgung.
- Die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen muss durch
 - die Übersetzung für Gehörlose,
 - den barrierefreien Zugang für Blinde zu Fachberatungsstellen,
 - die Qualifizierung der Fachkräfte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt für die Arbeit mit sog. geistig Behinderten oder Schwerstmehrfachbehinderten gewährleistet werden. Sie sind besonders gefährdet und benötigen spezifische Unterstützungs- und Beratungsangebote.

Junge Menschen dürfen nicht die Leidtragenden einer haushälterischen Konsolidierungspolitik sein. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts darf nicht zu Lasten einer zukünftigen Generation umgesetzt werden. Vielmehr brauchen junge Menschen die bestmöglichen Startchancen in die Gesellschaft. Jugendverbände und -initiativen sowie die anderen Träger der Jugendarbeit einschließlich der Jugendorganisationen der Sportvereine, Sportbünde und Sportverbände leisten einen maßgeblichen Beitrag zu einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft und sind ein wichtiger Partner bei der Sozialisation junger Menschen. Daher darf bei den Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht gespart werden. Die seit Jahren fehlende Erhöhung von Fördermitteln für die Jugendarbeit bedeutet de facto eine schleichende Entwertung der Förderung.

Konkret fordern wir von der Niedersächsischen Landespolitik:

- Das Land Niedersachsen muss seine Gesamtverantwortung für die Jugendarbeit wieder stärker wahrnehmen. Dazu gehört eine fachliche und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Jugendarbeit und eine Stärkung der Rolle der freien Träger.
- Die Förderung der Jugendarbeit muss entbürokratisiert werden.
- Die Bildungsmittel für Jugendarbeit müssen erhöht werden. Darüber hinaus bedarf es einer jährlichen Erhöhung als Inflationsausgleich.
- Das Förderprogramm Generation³ muss auch über das Jahr 2019 hinaus jungen Menschen flexibel und jugendverbandsnah Fördermittel zur Verfügung stellen. Generation³ hat, wie auch das Vorgängerprogramm Generation 2.0, gezeigt, dass Jugendarbeit mit kreativen und innovativen Projekten auf aktuelle Herausforderungen reagieren kann, wenn dafür die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Sicherung infrastruktureller Rahmenbedingungen müssen die bestehenden jugendverbandlichen Bildungsstätten und Jugendeinrichtungen – auch im Sport – erhalten bleiben und verstärkt gefördert werden.

Nachhaltiges und ökologisches Handeln muss ein wesentlicher Prüfstein bei allen politischen Handlungen sein. Eine lebenswerte Umwelt muss auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen. Das Land muss alle Anstrengungen unternehmen, Umweltbelastungen wie die Verunreinigung von Böden, Luft und Gewässern zu verhindern.

Insgesamt muss gewährleistet werden, dass junge Menschen in allen inhaltlichen Bereichen und in allen Teilen des Landes gute Lebensbedingungen für ein kind- und jugendgerechtes Aufwachsen vorfinden.

** Die Sportjugend Niedersachsen ist sich in vielen jugendpolitischen Forderungen mit dem Landesjugendring Niedersachsen e. V. (ljr) einig und trägt sie ebenso. Wir danken dem ljr für die diesem Papier zu Grunde liegende Vorlage.*

Die Sportjugend Niedersachsen legt naturgemäß zusätzlich ein besonderes Gewicht auf Sport, Bewegung und Gesundheit, was sie hier in verschiedenen Punkten deutlich macht.